

Protokoll zum 2. Treffen des Quartiersbeirats Farmsen

Datum: 4. April 2024
Zeit: 18:00 bis 20:30 Uhr
Ort: AWO-Haus Marie, Marie-Bautz-Weg 11, 22159 Hamburg
Teilnehmende: 44 Personen

Begrüßung, Einführung und Tagesordnung

Sebastian Unger, Quartiersmanagement Farmsen, begrüßt die Teilnehmenden zum zweiten Treffen des Quartiersbeirates und stellt den Ablauf vor.

Ablauf

- Begrüßung, Einführung und Tagesordnung
- TOP 1 Formalitäten zu Protokoll und Abstimmungen
- TOP 2 Austausch zum Thema „Integration“
- TOP 3 Verschiedenes und Termine

Teilnehmende

In einer kurzen Vorstellungsrunde stellen sich die Anwesenden mit Namen und Funktion vor.

- Anwohnende (19 Personen)
- Akteure (14 Personen)
- Akteure und Anwohnende (3 Personen)
- Politik (3 Personen)
- Verwaltung und Quartiersmanagement (5 Personen)

Beschlussfähigkeit

Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens 7 stimmberechtigte Beiratsmitglieder anwesend sind. **Mit 12 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern ist der Beirat beschlussfähig.**

Protokoll

Zum Protokoll des ersten Beiratstreffens am 31.01.2024 wird die Anmerkung eines Anwohners ergänzt, dass seit der Unterbringung Geflüchteter im Berufsförderungswerk Parkplätze für weitere Anwohnende fehlten. Er bittet darum, hierzu eine Lösung zu finden.

Abstimmung:

„Soll das Protokoll zum ersten Treffen des Beirats freigegeben werden?“

Ja:	12	Stimmen
Nein:	0	Stimmen
Enthaltung:	0	Stimmen

➔ **Das Protokoll des ersten Beiratstreffens am 31.01.2024 wird einstimmig angenommen.**

TOP 1 Formalitäten zu Protokoll und Abstimmungen

Protokoll-Freigabe per E-Mail

Herr Unger schlägt vor zukünftig bereits zwischen den Treffen über die Protokolle abzustimmen, damit diese jeweils zeitnah nach den Treffen veröffentlicht werden können. Die Stimmabgabe erfolgt dann per E-Mail, das Umlaufverfahren wird vom Quartiersmanagement durchgeführt.

Abstimmung:

„Soll über die Freigabe der Protokolle zukünftig zwischen den Beiratstreffen per E-Mail abgestimmt werden?“

Ja:	12	Stimmen
Nein:	0	Stimmen
Enthaltung:	0	Stimmen

➔ Der Protokollfreigabe per E-Mail wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungen im Beirat

Abstimmungen im Beirat können generell offen oder geheim abgehalten werden.

Im Allgemeinen werden offene Abstimmungen per Handzeichen durchgeführt. Auf Wunsch eines Beiratsmitglieds kann eine geheime, schriftliche Abstimmung abgehalten werden.

Abstimmungen können beispielsweise zu folgenden Punkten durchgeführt werden:

- Formalitäten den Beirat betreffend
- Verfügungsfonds-Anträge
- Beschlüsse des Beirates
- Stellungnahmen des Beirates
- Anfragen durch den Beirat

Verfügungsfondsanträge im Eilverfahren

Herr Unger schlägt vor, dass auch bei kurzfristigen und dringenden Anträgen an den Verfügungsfonds eine Abstimmung per E-Mail möglich ist. Dies betreffe Anträge, die nicht bis zur nächsten Sitzung warten können. Im Normalfall sollten Anträge spätestens zwei Wochen vor der Beiratssitzung verschickt werden, damit alle Mitglieder Zeit haben, diese zu sichten.

Abstimmung:

„Soll über dringende Verfügungsfondsanträge zukünftig zwischen den Treffen per E-Mail abgestimmt werden können?“

Ja:	12	Stimmen
Nein:	0	Stimmen
Enthaltung:	0	Stimmen

➔ Dem Eilverfahren per E-Mail für dringende Verfügungsfondsanträge wird einstimmig zugestimmt.

Namensnennung

Damit auch Namen von Teilnehmenden im Protokoll und anderen Dokumenten genannt werden dürfen, muss eine Einverständniserklärung zur Nennung personenbezogener Daten unterschrieben werden. Personenbezogene Daten werden durch das Quartiersmanagement generell nur sparsam verwendet. Namen werden nur genannt, wenn es sinnvoll erscheint, andernfalls wird der Name durch eine Beschreibung beispielsweise „ein Anwohnender“, „ein Beiratsmitglied“ oder „eine Teilnehmerin“ ersetzt.

TOP 2 Austausch zum Thema „Integration“

Herr Unger steigt mit Definitionen zum Begriff „Integration“ in den Austausch ein. Integration bedeute – je nach Definition – Menschen einzubeziehen (BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), sie sozial einzugliedern (Wikipedia) oder eine Teilhabe in der Gesellschaft (Bundeszentrale für politische Bildung) zu ermöglichen. Gelungene Integration bedeute nach dem Innenministerium der Bundesrepublik (BMI), dass sich Menschen einer Gemeinschaft zugehörig fühlen.

Nach Auffassung des Quartiersmanagements geht es hierbei grundsätzlich um die Integration aller und nicht ausschließlich um die Integration Geflüchteter.

Da es voraussichtlich auch unter den Teilnehmenden des Beirats verschiedene Definitionen und Interpretationen von Integration gibt, soll in einer kurzen Gruppenarbeit zunächst das Verständnis von Integration herausgearbeitet werden.

In Kleingruppen werden für 20 Minuten folgende Fragestellungen bearbeitet:

1. Was sind Voraussetzungen für eine Teilhabe in der Gesellschaft?
2. Wer kann etwas dazu beitragen?
3. Wer ist verantwortlich für Integration?

Herr Unger sammelt und clustert die Antworten. Fotos der Stellwände liegen dem Protokoll im Anhang bei. Nachfolgend finden sich die Antworten in Clustern zusammengefasst.

1. Was sind Voraussetzungen für Teilhabe in der Gesellschaft?

Die Voraussetzungen für Teilhabe in der Gesellschaft decken ein breites Spektrum ab: Sprache und Kommunikation, Ressourcen (zum Beispiel Personal und Infrastruktur), Willen und Initiative, Offenheit, respektvoller Umgang, Begegnungsmöglichkeiten und Mobilität, weniger Bürokratie, Empathie, Wohnen, etc.

Sprache und Kommunikation

- Niederschwelligkeit und mehr Hilfe besonders bei Sprachkursen
- Sprachliche Verständigung
- Sprache / Kommunikation
- Möglichkeit zu kommunizieren
- Toleranz, Kontakt und Sprache
- Austausch und Kommunikation

Ressourcen

- Infrastruktur / Personal
- Angemessene personale und sachliche Ausstattung der Institutionen, in denen Geflüchtete ankommen (Kita, Schule, Vereine ...)
- Ressourcen (Zeit, Finanzen, Wissen)

Offenheit

- Kennenlernen wollen, Willkommenskultur
- Offenheit (aller)
- Respektvoller Umgang
- Bereitschaft zur Teilhabe von allen Beteiligten
- Zwischenmenschliche Initiative
- Überwindung

- Empathie

Begegnungsmöglichkeiten und Mobilität

- Mobilität
- Begegnungsmöglichkeiten
- Treffpunkte zum Austausch
- Wohnung, soziale Kontakte, Angebote (Schule, Kindergarten, Sport, usw.), Nachbarschaft, finanzielle Absicherung, Respekt
- Beförderungsmöglichkeiten

Bürokratie

- Bürokratie
- Weniger Bürokratie im Umgang mit den zu Integrierenden

Sonstiges

- Wahrnehmung der einzelnen Menschen
- Einbeziehung Anwohnender bei / vor Unterbringung Geflüchteter
- Abbau von Barrieren

2. Wer kann etwas dazu beitragen?

Aus Sicht der Teilnehmenden kann jeder etwas zur Integration beitragen, darunter Politik, Nachbarn, Vereine, Beratungsstellen, Institutionen, Ehrenamtliche und Bildungseinrichtungen.

Die Teilnehmenden sehen die Verantwortung für die Integration sowohl bei Einheimischen als auch bei Zugezogenen, bei der Politik (für Integration und Verteilung von Geflüchteten), bei Behörden beziehungsweise dem Staat.

Alle

- Alle Beteiligten inklusive Politik
- Anfangen in der Politik bis zum direkten Nachbarn
- Alle im Bereich ihrer Möglichkeiten
- Alle: Vereine (Sport, Kultur), Nachbarschaft, Kita, Schule, Hochschule, Haus der Jugend

Beratungsstellen

- Beratungsstellen
- Behörden / Bezirksamt
- Behördliche Institutionen wie AWO / KiFaZ
- Sport – unter anderem Vereine / Ehrenamtliche

Politik

- Politik

Sonstiges:

- Infos, Willkommensbuch
- Bildungseinrichtungen

3. Wer ist verantwortlich für Integration?

Als verantwortlich für die Integration von Geflüchteten wird vor allem die Politik gesehen, die über die Aufnahme und Verteilung entschieden hat. Gleichzeitig tragen auch alle anderen eine Verantwortung zum Gelingen von Integration.

Politik

- Politik Behörden / Ämter
- Der Staat, der über die Verteilung Geflüchteter entscheidet

Alle

- Jede und Jeder auf beiden Seiten
- Alle auf beiden Seiten
- Alle: Gesellschaft: Politik; Wirtschaft; Verwaltung; Kommunen; Bürger
- Einheimische und Hinzugezogene gleichermaßen
- Gesellschaft und Geflüchtete
- Gleiche Voraussetzung für alle

Die Diskussion wird im Plenum zu folgenden Fragen fortgesetzt:

4. Was braucht es damit Teilhabe gelingt?
5. Was kann der Beirat dazu beitragen?

4. Was braucht es damit Teilhabe gelingt?

Die angesprochenen Punkte sind:

- Check-up im Nachhinein (*um zu sehen, ob Integration gelungen ist und was verbessert werden kann*)
- Engagement
- Guter Wille von allen Seiten
- Raum für Begegnung
- Erfüllung der Grundbedürfnisse
- Offenheit
- Strukturen (Schulen, usw.)
- Kulturangebot
- einladende Orte
- Wohlbefinden
- Interaktion

5. Was kann der Beirat dazu beitragen?

Folgende Ideen wurden geäußert, wie der Beirat etwas zur Teilhabe beitragen kann:

- Hinweise an Behörden
- Projekte fördern
- Stadtteilstest
- Wertschätzend und Inklusivität im Stadtteil
- Thema Integration nach außen tragen
- Vernetzung

- Bedarfsanalyse (*für Bedürfnisse in Farmsen*) (machen oder vermitteln)
- Nicht auf Geflüchtete begrenzen: Kranke, Beeinträchtigte, ...
- Flüchtlinge einbeziehen
- Kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen organisieren
- Informationen an Geflüchtete geben
- Willkommensmappe (*von Fördern & Wohnen*) ergänzen
- Stadtteilrundgänge für Geflüchtete
- Raum für Begegnung sein
- Projekte für Teilhabe fördern
- Stadtteilstoff organisieren
- Austausch/Kontakt mit Bezirksamt mit Hinweisen für Verbesserung
- Kampagne für Inklusion mit wertschätzender Vision für Stadtteil
- Vernetzung mit Nachbarn
- Mit Nachbarn, Bekannten oder Freunden über Themen reden
- Interesse für Teilhabe erwecken
- Die Integration von Obdach- und Wohnungslosen fördern

Weitere Hinweise

- Herr Unger erläutert, dass das Geld aus dem Verfügungsfonds nicht für infrastrukturelle bzw. bauliche Maßnahmen im Stadtteil gedacht ist (zum Beispiel Verbesserung von Wegen, Ausbau von Spielplätzen, etc.).
- Herr Unger weist darauf hin, dass auch weitere Geflüchtete für die Mitarbeit im Beirat gewonnen werden können. Außerdem bittet er alle Teilnehmenden in ihrem Umfeld für den Beirat zu werben.
- Eine Vertreterin von Fördern & Wohnen merkt an, dass alle Geflüchteten beim Einzug in die Unterkunft eine Willkommensmappe mit allgemeinen Informationen erhalten. Gegebenenfalls können in dieser Mappe weitere Informationen zu Angeboten, Einrichtungen etc. ergänzt werden.
- Herr Hinzmann gibt zu bedenken, dass das Verhältnis von Bürgern gegenüber dem Staat und weiteren öffentlichen Institutionen, in anderen Ländern häufig durch Misstrauen geprägt sein könne. Der Staat werde oft als kontrollierend und auch bedrohlich wahrgenommen. Dieses können zu einer Skepsis gegenüber staatlichen Einrichtungen und Strukturen in Deutschland führen.
- Ein Teilnehmer schlägt vor, Geflüchtete direkt einzubeziehen, damit sie ihre Bedürfnisse auch direkt äußern können. Ergänzend wird vorgeschlagen, Ansprechpersonen zu benennen, die zum Beispiel auch Stadtteilrundgänge für neue Anwohner anbieten könnten. Ingrid Hemmerling berichtet, dass sie auf ihren Spaziergängen häufig mit Menschen ins Gespräch komme und bei der Orientierung in der Nachbarschaft unterstütze. Sie könne sich vorstellen, gemeinsam mit anderen Spaziergänge zu machen. Ihre Kontaktdaten können bei Interesse beim Quartiersmanagement erfragt werden.

TOP 3 Verschiedenes und Termine

Fragen und Hinweise aus der Nachbarschaft und den Einrichtungen

Unterbringung Geflüchteter

Ein Teilnehmer erwähnt die Verteilung eines Flyers von Sandro Kappe (CDU). Der Flyer thematisiere, dass der Senat den Königsteiner Schlüssel zur Verteilung von Geflüchteten in den Bezirken verabschiedet habe. Dabei werde betont, dass Farmsen einen Überhang von ca. 650 Geflüchteten habe.

Marc Buttler, Fraktionsvorsitzender der SPD, erklärt, dass die genannte Zahl zwar rein rechnerisch sei, aber dass jeder Stadtteil in Hamburg einen Über- oder Unterhang aufweise. Herr Buttler betont, dass beim Abbau von bestehenden Unterkünften ein Ausgleich zwischen den Stadtteilen stattfinden solle. Wenn das BFW abgerissen wird, müssten die dort untergebrachten Geflüchteten ohnehin an einen anderen Ort umziehen.

Tom Hinzmann, SPD, ergänzt, dass andere Stadtteile, wie zum Beispiel Rahlstedt belasteter seien als Farmsen. Im gesamten Hamburger Stadtgebiet seien zurzeit keine ausreichenden Flächen für Unterkünfte verfügbar. Es müssten deswegen wieder Zelte genutzt werden, um die Geflüchteten unterzubringen. Herr Hinzmann betont, dass Unterkünfte für Geflüchtete nur auf öffentlichen Flächen gebaut werden könnten. Diese seien nicht gleichmäßig über alle Stadtteile verteilt.

Ein Beiratsmitglied wünscht sich ein stärkeres Einbeziehen der Anwohner mit Blick auf die Unterbringung Geflüchteter bereits während der Entscheidungsfindung. Stattdessen wurden in der Vergangenheit nur Flyer verteilt, um für ehrenamtliche Mitarbeit in einer neuen Unterkunft zu werben. Außerdem sei in einer Sitzung des Regionalausschusses zum Neubau einer Flüchtlingsunterkunft am Tegelweg im Wesentlichen nur über die ehrenamtliche Arbeit der Anwohner gesprochen worden.

Herr Hinzmann erklärt, dass bei den Sitzungen des Regionalausschusses nicht alle Meldungen der Bürger angenommen werden können. Es sei besser sich beispielsweise über den Beirat einzubringen.

Herr Buttler ergänzt, dass die Sozialbehörde für die Unterbringung von Geflüchteten zuständig sei und im Zuge dessen auf die einzelnen Bezirke zugehe. Es habe 2015 eine Veranstaltung gegeben, in der diese Themen besprochen worden seien. Die Sozialbehörde habe zudem die Zielwerte für die Stadtteile Farmsen und Berne veröffentlicht.

Ein Beiratsmitglied merkt an, dass nicht nur Geflüchtete nach Farmsen zögen. Wenn andere, potenziell attraktivere Gruppen, wie zum Beispiel Familien nach Farmsen zögen, würden die Anwohnenden auch nicht gefragt, ob sie dafür seien.

Herr Hinzmann merkt an, dass mit der Initiative „Farmsen ist bunt“ verschiedene Akteure zusammengebracht wurden und schon gute Ideen entstanden seien. Herr Unger betont, dass der Quartiersbeirat Initiativen unterstützen oder neu starten kann. Die Mitglieder und Teilnehmenden können sich auch untereinander vernetzen und Gruppen bilden.

Ein Beiratsmitglied fragt, welche im Beirat aufgeworfenen Themen an das Bezirksamt weitergegeben werden können. Herr Unger erklärt, dass die grundsätzlichen Inhalte einer Stellungnahme am besten bereits in der Sitzung formuliert und abgestimmt würden. Hierbei würde ein schriftlicher Vorschlag helfen, der im Beirat diskutiert werden kann. Frau Schweizer, Bezirksamt Wandsbek, ergänzt, dass Stellungnahmen aus dem Quartiersbeirat von ihr an die richtigen Ansprechpersonen im Bezirksamt weitergegeben würden.

Ein Beiratsmitglied meint, dass der Beirat auch ohne das Bezirksamt handlungsfähig sei und eigene Lösungen finden könne.

Podiumsdiskussion

Der Bürgerverein Farmsen lädt am **21. April 2024 um 11 Uhr** zu einer Podiumsdiskussion im Gymnasium Farmsen ein. Die wichtigsten Themen bezüglich der Zukunft des Stadtteils

werden diskutiert. Anwesend sein werden der Bezirksamtsleiter Thomas Ritzenhoff, die Vorsitzenden der Fraktionen der Bezirksversammlung Wandsbek, die für den Stadtteil zuständigen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft und die Vorsitzenden der Sportvereine.

Stadtteilstfest

Frau Stier lädt ein, das Stadtteilstfest der mgf mitzugestalten. Interessierte können sich bis Freitag, 12. April 2024 bei Frau Stier melden. Das Stadtteilstfest findet am **6. September 2024** auf der Wiese am Mahlhaus statt. Da für das Nachbarschaftsfest, welches durch die Stadtteilkonferenz vorgeschlagen wurde, kein passender Termin gefunden werden konnte, öffnet die mgf das Stadtteilstfest für alle, die mitmachen möchten. So entsteht keine Konkurrenz zwischen den beiden Veranstaltungen. Herr Unger weist darauf hin, dass der Beirat sich auch beim Stadtteilstfest einbringen könne, zum Beispiel mit einer Aktion.

Open Hus Molly

Das Open Hus Molly soll abgerissen und neu gebaut werden. Herr Hinzmann erläutert, dass ein Ersatzbau errichtet werden solle und die Politik sich mit allen Beteiligten über die Gestaltung des Gebäudes austauschen werde. Als Vorbild solle eine ähnliche Einrichtung in Tonnordorf dienen.

Bedarfsanalyse für Farmsen

Eine Teilnehmende schlägt vor, eine Bedarfsanalyse für Farmsen durchzuführen. Mit den Ergebnissen würde ein besseres Bild der Situation der Menschen in Farmsen entstehen und Maßnahmen könnten zielgerichteter geplant werden.

Der Bürgerverein Farmsen hat vor rund fünf Jahren eine Umfrage durchgeführt. Das Quartiersmanagement stellt in Absprache mit dem Bürgerverein die Umfrageergebnisse zur Verfügung (*nachträglicher Hinweis: Die Daten stehen zurzeit noch nicht digital zur Verfügung*). Die Umfrage des Bürgervereins könnte in Abstimmung mit dem Beirat weiterentwickelt und erneut durchgeführt werden.

Herr Diekhöner regt an, für die Ergebnisse der Bedarfsanalyse im Quartiersbeirat Arbeitsgruppen zu bilden. Diese könnten außerhalb der Beiratssitzungen aktiv an Themen arbeiten und über die Ergebnisse in den Beiratssitzungen berichten oder ggf. auch Anträge stellen für Aktionen, die über den Fördertopf abgedeckt werden könnten.

Herr Hinzmann weist darauf hin, dass eine Jugendbefragung durchgeführt wurde. In dieser wurde die Beleuchtung am Bahnhof Farmsen als Problem erwähnt. Dieser Hinweis werde im Zuge des Bahnhof-Umbaus bedacht.

Ausstellung bei Fördern & Wohnen

Im Treffpunkt von Fördern & Wohnen in der Meilerstraße 32 werden für drei Monate Bilder ausgestellt. Diese sind Teil des Projekts Kunst im Klinikum (<https://kik-kunstinderklinik.de>). Die Ausstellung ist täglich von 15 bis 17 Uhr geöffnet.

Theatergruppe gesucht

Anna-Karina Bayer fragt, ob Interesse bestehe, eine Theatergruppe zu gründen oder ob es bereits eine Gruppe gebe. Sie würde mit der Theatergruppe gerne Themen wie Unterdrückung und Macht behandeln, ähnlich dem „Theater der Unterdrückten“, ein politisches Theater aus Frankreich, welches Kunst und Selbsterfahrung mit politischem Probedenken kombiniere. Interessierte oder Menschen mit Hinweisen können sich bei anna-karina.bayer@graduateinstitute.ch melden. Es wird darauf hingewiesen, dass das Kulturschloss Wandsbek Räume zur Verfügung stellen könnte.

Kita Mouse House

Lea Majewski, Leiterin der Kita Mouse House, teilt mit, dass der Mietvertrag für die Kita Mouse House neben dem Open Hus Molly im Sommer 2025 ausläuft und das Gebäude voraussichtlich abgerissen werde. Sie sucht nach einem neuen Standort für ca. 80 Kinder und bittet um Vorschläge.

Sie ist telefonisch unter 040-55893473 oder per E-Mail unter info@mousehouse-hamburg.de erreichbar.

Antrag an den Verfügungsfonds: Jubiläum Jugendfeuerwehr

Kurz vor der Sitzung wurde ein Antrag an den Verfügungsfonds gestellt. Ein Beiratsmitglied stellt den Antrag vor: Die Jugendfeuerwehr Farmsen feiert ihr 50-jähriges Jubiläum und möchte den Mitgliedern als Dank für ihren Einsatz eine gravierte Edelstahl-Trinkflasche schenken. Die Kosten hierfür belaufen sich auf insgesamt 326,- Euro.

Die Teilnehmenden erleben die Freiwillige Feuerwehr als eine wichtige Institution in Farmsen, die viel zu einer gelungenen Nachbarschaft beitrage. Quartiersmanagement und Bezirksamt halten den Antrag darum für förderfähig.

Abstimmung:

Soll die Jugendfeuerwehr Farmsen einen Zuschuss in Höhe von 326,- Euro aus dem Verfügungsfonds erhalten, um ca. 30 Edelstahl-Trinkflaschen als Geschenk für ihre Mitglieder im Rahmen ihres 50-jährigen Jubiläums zu kaufen?

Ja:	10	Stimmen
Nein:	0	Stimmen
Enthaltung:	1	Stimme

➔ Dem Antrag wird zugestimmt.

Abschluss und nächstes Treffen

Zum Abschluss bedankt sich Herr Unger herzlich bei den Teilnehmenden für ihr Engagement und die rege Beteiligung. Er lädt zur nächsten Sitzung des Beirats ein:

**Sitzung des Beirats Farmsen
am Montag, den 24. Juni 2024
um 18.00 Uhr
im AWO-Haus Marie (Marie-Bautz-Weg 11)**

Protokoll: Federico Garrone und Sina Rohlwing (Quartiersmanagement Farmsen) in Abstimmung mit dem Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Sozialraummanagement

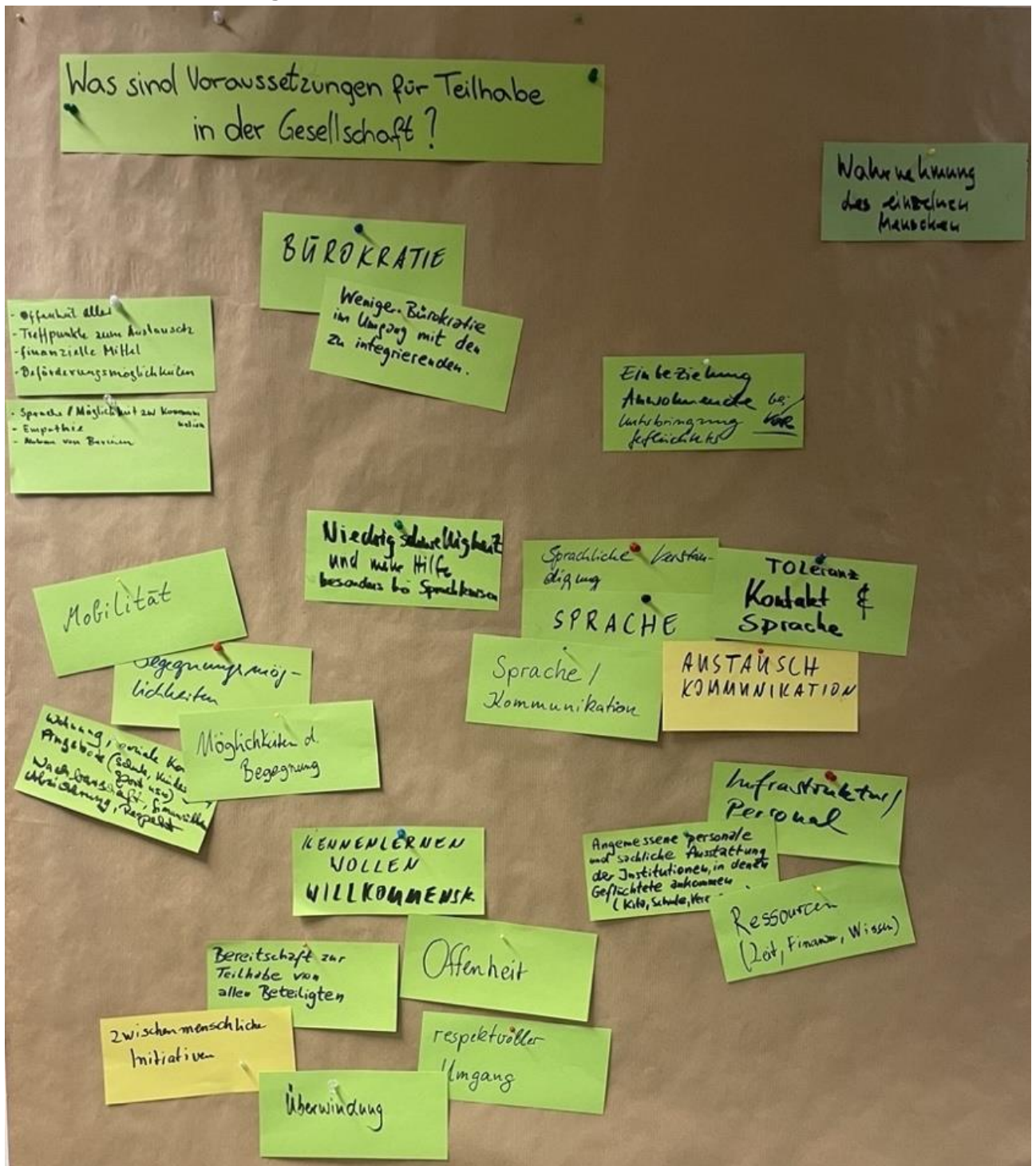
Das Quartiersmanagement Farmsen wird durchgeführt von TOLLERORT entwickeln & beteiligen im Auftrag des Bezirksamts Wandsbek.

TOLLERORT
entwickeln & beteiligen

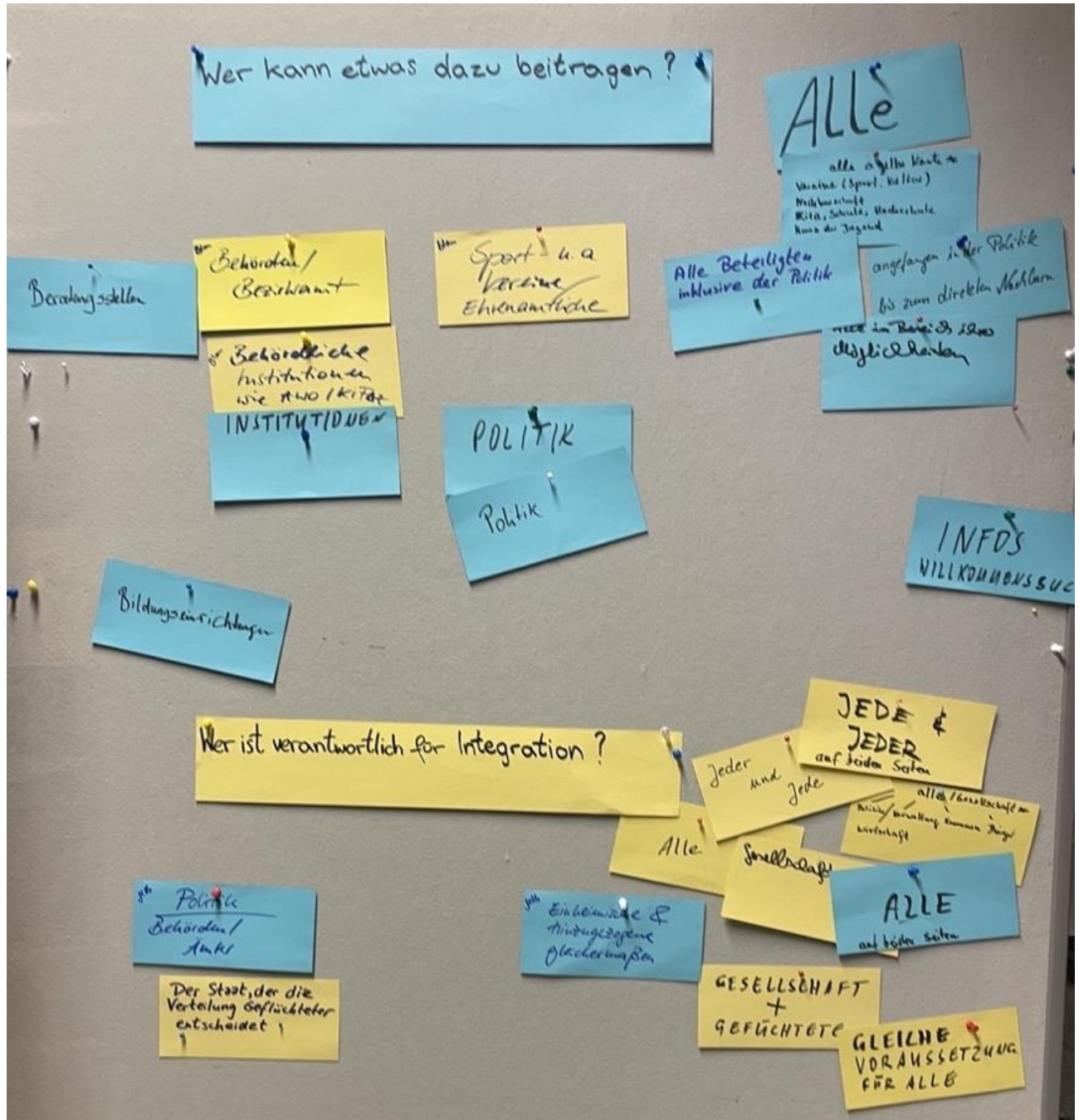

Hamburg | Bezirksamt
Wandsbek

Anhang

Was sind Voraussetzungen für Teilhabe in der Gesellschaft?



Wer kann etwas dazu beitragen?



Was braucht es damit Teilhabe gelingt?

